

VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | September 2019 | Nummer 3



Jubiläum: 30 Jahre GfbV Schweiz

Einstehen für Indigene und Minderheiten in einer globalisierten Welt

Die Welt ist nicht mehr die gleiche wie vor 30 Jahren, als die Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz gegründet wurde. Die Globalisierung und Digitalisierung haben enorme Auswirkungen auf die Situation von Minderheiten und indigenen Gemeinschaften. Auch das Engagement zum Schutz ihrer Rechte ist geprägt davon. Eine Einordnung der Arbeit der GfbV im Hinblick auf diese vielfältigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Veränderungen.

Im Amazonas vermessen Indigene ihr Land mit GPS, um den Wald vor Abholzung zu schützen. In Peru kämpft eine Kleinbäuerin jahrelang gegen einen internationalen Minenkonzern, der sie von ihrem

Land vertreiben will. Und in der Schweiz beeinträchtigt die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China die Meinungsfreiheit der hier lebenden Tibeterinnen und Tibeter: Globalisierung und Digitalisierung wirken sich bis in jeden Winkel der Erde aus. Dabei geht es vielen Menschen ökonomisch gesehen so gut wie nie zuvor, sie haben Rechte und Freiheiten, die vor wenigen Jahrzehnten noch undenkbar gewesen wären. Gleichzeitig kämpfen andere weiterhin ums tägliche Überleben, werden bedroht oder müssen fliehen. Indigene und Minderheiten gehören weiterhin zu den am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen. So bleibt Menschenrechtsarbeit gerade in Zeiten von Fake News und globalisierter Wirtschaft wichtig.

30 Jahre
GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER

Wirtschaft und Menschenrechte

Menschenrechte und wirtschaftliche Globalisierung hängen eng zusammen. Gerade in den Gebieten von Indigenen liegen oftmals die letzten grossen Rohstoffvorkommen eines Landes, was sie für private Investoren oder den Staat sehr attraktiv macht. Schweizer Firmen sind hier keine Ausnahme. Die fünf grössten Firmen der Schweiz, darunter Glencore, sind alle im Rohstoffhandel tätig. Das ist nicht allen bewusst, stellt Nationalrätin und GfbV-Präsidentin Lisa Mazzone fest: «Viele Menschen haben das Gefühl, die Schweiz sei klein und unbedeutend fürs Weltgeschehen. Doch wenn man schaut, wie viele internationale Konzerne ihren Sitz in der Schweiz haben, sieht es ganz anders aus.» Zusätzlich zum Handel an der Börse kommt der grösste Teil des weltweit gehandelten Goldes sogar physisch in die Schweiz und wird hier verarbeitet.

Für die GfbV ist deshalb seit ihrer Gründung äusserst wichtig, die Beteiligung der Schweiz an umstrittenen Wirtschaftsprojekten auf der ganzen Welt aufzuzeigen und Menschenrechtsverletzungen anzuprangern, die dieser globale Wettbewerb um Land und Rohstoffe zur Folge hat. Immer wieder werden Menschen von ihrem Land vertrieben, Widerstand wird brutal niedergeschlagen. Es besteht viel Handlungsbedarf, um die Gebiete der Indigenen vor wirtschaftlicher Ausbeutung zu schützen – unabhängig davon, ob es sich um eine Goldmine in Peru, einen Staudamm in Brasilien oder einen Windpark in Norwegen handelt. Julia Büsser, GfbV-Kampagnenleiterin Wirtschaft und Indigene, ist überzeugt: «Durch ihren globalen Einfluss und ihren Reichtum hat die Schweiz die moralische Verpflichtung, international mit gutem Beispiel voranzugehen und die Wirtschaft menschenrechtskonform zu gestalten.»

Schutz vor Missachtung der Menschenrechte

In den 30 Jahren seit der Gründung der GfbV Schweiz wurden zusätzliche Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte eingeführt, die nicht mehr wegzudenken sind: 2007 verabschiedete die Uno die Deklaration über die Rechte der indigenen Völker. Sie anerkennt das Recht der Indigenen auf Selbstbestimmung und verbietet Diskriminierung und Marginalisierung. Rechte sollen aber nicht nur auf dem Papier existieren, sondern ihre Missachtung muss geahndet werden. Eine weitere wichtige Anlaufstelle ist auch der 2002 gegründete internationale Strafgerichtshof in Den Haag. Die GfbV nutzt solche rechtlichen Werkzeuge in vielen Kampagnen. Auch lobbyiert sie regelmässig bei der Uno und dem Europarat für die Anliegen von Indigenen und Minderheiten.

In letzter Zeit ist leider auch eine gegenläufige Tendenz hin zu einer Schwächung der internationalen Institutionen zu beobachten: Länder wie die USA oder China berufen sich auf ihre Souveränität, verbitten sich jegliche «Einmischung» in «innerstaatliche Angelegenheiten» und kündigen mühsam erkämpfte Abkommen auf – oder unterzeichnen sie gar nicht erst. Für indigene Gemeinschaften und Minderheiten ist es umso wichtiger, über die eigenen Rechte Bescheid zu wissen und diese einfor-

dern zu können. Darum unterstützt die GfbV solche Gemeinschaften unter anderem mit Workshops und vernetzt sie mit anderen Betroffenen.

Chancen und Risiken der Digitalisierung

Die Digitalisierung bringt für die Menschenrechtsarbeit zahlreiche Vorteile mit sich: Noch nie konnten Menschenrechtsverletzungen so gut dokumentiert werden und noch nie konnten Menschen weltweit so schnell dagegen protestieren. Insbesondere auch die betroffenen Gemeinschaften können sich via Social Media mehr Gehör verschaffen, sich austauschen und vernetzen.

Die Kehrseiten der Digitalisierung sind allerdings für Minderheiten besonders einschneidend: Ein Anruf ins Ausland oder die Nutzung einer unerwünschten App kann für Angehörige der muslimischen Minderheiten in Xinjiang ausreichen, um in einem Umerziehungslager zu landen. Auch verbreiten sich in den sozialen Medien Falschmeldungen und Aufrufe zu Gewalt ebenfalls sekundenschnell. In mehreren Ländern führte solche Hetze zu gewaltsamen Angriffen gegen Roma. Für die GfbV gilt es daher, sowohl bei der Digitalisierung als auch der Globalisierung, die Vorteile für ein möglichst erfolgreiches Engagement für Menschenrechte zu nutzen und gleichzeitig die negativen Seiten zu kritisieren und zu bekämpfen.

Eine Welt im Wandel

In einer Welt im Wandel stellt sich auch für die GfbV immer wieder die Frage, wie sie sich von anderen Organisationen unterscheidet, wie sie die Unterstützung der Bevölkerung gewinnt, aber auch wie sie mit Rückschlägen umgeht. Selbstkritik ist hier unerlässlich. «Wir müssen uns bei allem, was wir tun, fragen, ob wir tatsächlich im Interesse der lokalen Bevölkerung handeln, denn das ist seit jeher unser Anspruch», erklärt Christoph Wiedmer, seit 2006 in der Geschäftsleitung der GfbV. Das bedeutet, sich eng mit den betroffenen Menschen und Partnerorganisationen auszutauschen und strategische Entscheide gemeinsam zu fällen. Eine langjährige Spenderin der GfbV sagt dazu: «Die GfbV schaut hin, wo sonst wenige hinschauen. Sie thematisiert jene Themen, denen sonst zu wenig Beachtung geschenkt wird.» Entsprechend verändern sich je nach Bedarf und Möglichkeiten die Themenschwerpunkte (siehe Infografik Seite 4-5). So haben gerade die letzten 30 Jahren gezeigt, dass sich Gesellschaften ständig wandeln. Eine Welt, in der Indigene selbstbestimmt über ihr Land entscheiden können und in der Minderheiten nicht diskriminiert werden, ist deshalb keine naive Utopie, sondern könnte früher oder später als absolut selbstverständlich gelten. Dafür kämpft die GfbV.

Titelseite: Die GfbV Schweiz hat seit ihrer Gründung Indigene und Minderheiten aus über 17 Ländern unterstützt.

Text: **Bettina Wyler** GfbV-Praktikantin Kommunikation



Feiern Sie mit uns!

Ohne die grosszügige Unterstützung von unzähligen Mitgliedern, Spenderinnen und Spendern wäre die Arbeit der GfbV nicht möglich. Als Dankeschön laden wir Sie herzlich ein zum

**Jubiläumsanlass vom Freitagabend,
1. November 2019**

im Kulturlokal Heitere Fahne in Wabern bei Bern: An einer **Podiumsdiskussion** sprechen wir über die Rolle der Schweiz im schmutzigen Geschäft mit Gold und diskutieren Lösungsansätze.

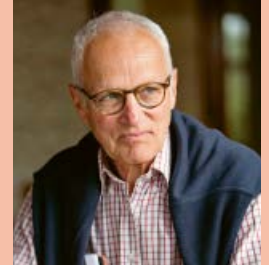
Danach bietet die Heitere Fahne ein **Abendessen** an, bevor wir mit dem **Benefizkonzert** der Klezmer-Band Cheibe Balagan den Abend ausklingen lassen.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Mehr Infos und Anmeldung unter:
www.gfbv.ch/podium-und-konzert

Besuchen Sie auch unsere Jubiläums-Seite und erfahren Sie mehr zum 30. Geburtstag der GfbV. Dort lesen Sie Statements von Betroffenen, Partnerorganisationen und Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft und lernen in unseren Monatsgeschichten Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten kennen. Was wünschen Sie sich im Kampf für die Menschenrechte?

Reichen Sie uns Ihren Wunsch ein unter:
www.gfbv.ch/30-jahre



Editorial

Zusammen mit Bernhard Pulver habe ich vor 30 Jahren die Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz gegründet. Seither ist viel passiert. Zu Beginn basierte die GfbV grösstenteils auf Freiwilligenarbeit und verfügte kaum über finanzielle Mittel. Jetzt sind wir eine professionelle NGO mit einem fast 20-köpfigen Team. Es freut mich zu sehen, welche Verbesserungen wir in all den Jahren erreichen konnten. Besonders berührt haben mich dabei der langjährige Einsatz für die Roma in den Balkan-Ländern, die Solidarität mit den Opfern des schmutzigen Goldabbaus in Afrika und Südamerika und der Kampf gegen die verhängnisvolle Rolle der Schweiz im Goldgeschäft.

Aber es bleibt noch viel zu tun: Noch immer können Indigene häufig nicht selbstbestimmt über ihr Land verfügen. Und Minderheiten werden in vielen Ländern – auch der Schweiz – nach wie vor diskriminiert. Globalisierung und Digitalisierung haben grossen Einfluss auf die Situation von Indigenen und Minderheiten und prägen auch die GfbV, wie Sie im Hauptartikel auf Seite 1-2 lesen. Die negativen Seiten zeigen sich bei der systematischen Überwachung und willkürlichen Verhaftung der muslimischen Bevölkerung in Xinjiang besonders deutlich (Seite 7).

Unhaltbar bleibt für mich, dass die Schweiz über ihr Wirtschafts- und Finanzwesen immer wieder an umstrittenen Projekten beteiligt ist, welche die Rechte von Minderheiten und Indigenen missachten. So verwaltet die Credit Suisse gemäss unseren Recherchen als «Nominee Shareholder» rund 20 Prozent der Aktien einer Bergwerksgesellschaft in Norwegen, deren geplante Kupferminen ein riesiges Ökosystem und damit auch die Rentierzucht der Sami gefährden würden (Seite 6).

Das Einstehen für bedrohte Völker bleibt also wichtig: Danke, dass Sie uns auch in den nächsten Jahren unterstützen!

Göpf Berweger
Vize-Präsident und Mitbegründer der GfbV

PS: Feiern Sie am 1. November 2019 mit uns!
Alle Infos finden Sie auf unserer Jubiläumsseite:
www.gfbv.ch/30-jahre

IMPRESSUM

VOICE 3, September 2019 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch
Redaktion: Bettina Wyler und Dominique Schärer **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Angela Mattli, Bettina Wyler, Dominique Schärer, Göpf Berweger, Lea Ackermann, Nicole Gisler **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 8500 Exemplare **Druck:** gdz AG, Zürich; gedruckt auf Plano Speed («FSC Mix») **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 60.–/Jahr **Titelbildfotos:** Von oben links nach unten rechts: GfbV Schweiz, GfbV Schweiz, Franziska Rothenbühler, GfbV Schweiz, Franziska Rothenbühler, Nicole und Michael Philipp.

Seit 30 Jahren eine Stimme für

Seit 1989 setzt sich die GfbV Schweiz für die Menschenrechte von Minderheiten und indigenen Völkern ein. Auf dringende Probleme aufmerksam gemacht hat und wie sie die Situation von bedrohten Völkern verändert hat.



1989 Die Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz wird offiziell durch Bernhard Pulver und Göpf Berweger gegründet.



1990 Die GfbV macht mit Bruno Manser auf das Schicksal der Penan in Sarawak/Malaysia und die massive Regenwaldzerstörung aufmerksam.



1996 Die GfbV organisiert im Gedenken an die Opfer des Massakers von Srebrenica/Bosnien einen Trauermarsch von Willisau nach Bern.



2013 Die GfbV zeigt auf, dass mehrere abgewiesene Asylsuchende nach der erzwungenen Rückkehr nach Sri Lanka verschleppt und gefoltert wurden. Daraufhin stoppt der Bund die Wegweisungen vorübergehend.



2012 Start der «No Dirty Gold!»-Kampagne: Die GfbV fordert mit diversen Aktionen, dass kein schmutziges Gold mehr in die Schweiz gelangt.



FOTO: DANIEL SCHWEIZER



2015 Die GfbV präsentiert an der Internationalen Tourismus-Messe in Berlin einen Bericht zu Tourismus und Menschenrechten in Sri Lanka. Deutsche und Schweizer Reisebüros nehmen daraufhin problematische Hotelanbieter aus dem Angebot.



2016 Die amerikanische Firma Newmont Mining stellt das Projekt zum Bau einer umstrittenen neuen Mine in Peru ein. Es ist ein Grosserfolg für die von der GfbV mitunterstützte Kleinbäuerin Maxima Acuña de Chaupe.



2016 Jenische und Sinti werden vom Bundesrat als nationale Minderheiten anerkannt. Die GfbV hat dieses Anliegen aktiv unterstützt.



2019 Tausende Indigene in Brasilien wehren sich gegen die Aushöhlung ihrer Rechte unter Präsident Bolsonaro. Die GfbV reist vor Ort, um sie in ihren Anliegen zu unterstützen.



2019 Die peruanische Staatsanwaltschaft hegt wegen Geldwäscherei und illegalem Goldabbau Verdacht gegen einen ehemaligen Zulieferer der Schweizer Raffinerie Metalor. Ein Jahr zuvor hatte die GfbV fragwürdige Goldimporte aus Peru in die Schweiz aufgezeigt.



2018 Zusammen mit Tibet-Organisationen reicht die GfbV über 11'000 Unterschriften ein für den Schutz von Tibeterinnen und Tibetern in der Schweiz im Hinblick auf den zunehmenden Einfluss Chinas.

für Indigene und Minderheiten

in. Die Grafik zeigt, mit welchen politischen Kampagnen, Recherchen und Berichten sie in all den Jahren verbessert. Mittlerweile hat die GfbV über 17'000 Mitglieder. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!



1998 Von der GfbV mitorganisierte Demonstration gegen Chinas Menschenrechtsverletzungen anlässlich des Besuchs von Präsident Zemin.



FOTO: zvg

2003 Auf Initiative der GfbV anerkennt das Parlament den Völkermord an den Armeniern als eine historische Tatsache.



2011 Die GfbV stellt das tschetschenische Menschenrechtsarchiv vor. Es ist das weltweit umfangreichste Videoarchiv zu den Tschetschenienkriegen und ermöglicht die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen.

2008 Mitarbeit der GfbV an Richtlinien für Holzfirmen zur Respektierung der Indigenenrechte im Kongo: Die Lokalbevölkerung soll bei allen Projekten, die sie betreffen, mitbestimmen können.

2007 Indigene aus Guyana kritisieren an einer GfbV-Presskonferenz die Rolle von Schweizer Banken bei der Zerstörung ihres Lebensraums.



2016 Die GfbV protestiert gegen die finanzielle Involvierung der Banken CS und UBS beim Bau einer Pipeline im Indigenen-Reservat Standing Rock (USA) und unterstützt damit die indigenen Gemeinschaften in Nordamerika.

2017 Zusammen mit dem Verband Sinti und Roma Schweiz veröffentlicht die GfbV einen Bericht zur Situation der fahrenden Roma in der Schweiz. Die beiden Organisationen fordern mehr Halteplätze sowie verschiedene Massnahmen zur Vermeidung von Konflikten.



FOTO: ERIC ROSET



2018 Die GfbV protestiert mit Delegierten der norwegischen Sami vor der BKW. Diese ist an der Finanzierung einer Windkraftanlage beteiligt, welche die Rentierzucht der Sami bedroht.



FOTO: FRANZISKA ROTHENBÜHLER

2018 Der langjährige Widerstand gegen Landraub in Sri Lanka ist erfolgreich: Die Menschen aus Iranaitivu können endlich auf ihre Insel zurückkehren und haben so Zugang zu einer gesicherten Einkommensquelle.

Sami wehren sich gegen umstrittene Kupferminen in Norwegen

FOTO: GFBV SCHWEIZ



Auf Einladung der GfbV reiste eine Sami-Delegation nach Zürich, um Gespräche mit der Credit Suisse zu führen.

In einem kleinen Fjord in Norwegen oberhalb des Polarkreises soll gleich in zwei Minen Kupfer abgebaut werden. Mitten im Rentiergebiet der Sami. Gleichzeitig sollen die Restmassen aus den Minen direkt ins Meer geschüttet werden. Die GfbV unterstützt die betroffenen Sami-Gemeinschaften in ihrem Widerstand gegen dieses umstrittene Projekt.

Die Sami-Parlamentarierin Silje Karine Muotka findet klare Worte: «Die geplanten Minen am Repparfjord wären verheerend für die Rentierzucht und verletzen die Rechte der indigenen Sami.» Sie und die Präsidentin des Sami-Parlamentes, Aili Keskitalo, reisten zusammen mit zwei Vertretern des Rentierzüchterdistrikts Fiettar Ende August in die Schweiz, um Gespräche mit der Credit Suisse zu führen. Denn gemäss der Recherche der GfbV verwaltet die Credit Suisse als «Nominee Shareholder» aktuell 20.6 Prozent der Aktien von Nussir ASA, der Betreiberfirma der geplanten Minen. Unterstützt von der GfbV fordern die Sami die Credit Suisse auf, ihre Dienstleistung als Nominee Shareholder zu sistieren, bis eine einvernehmliche Lösung gefunden wird.

Lebensgrundlage vieler Sami bedroht

«Es ist hilfreich für uns Rentierzüchter, dass es im Sommer am Repparfjord nie dunkel wird», erklärt Mikkel Nils M. Sara, ein rentierzüchtender Sami und Professor an der Sami University in Kautokeino. «Das erleichtert es, wach zu bleiben und zu den Rentieren zu schauen, die sich nachts mehr bewegen.» Mikkel Sara und viele andere Rentierzüchter, die in der Gegend des Repparfjords ihre Sommerweiden haben, sind gegen die geplanten Kupferminen. Sie fürchten, dass ihre Rentiere sich wegen dem Lärm und der Infrastruktur nicht mehr in das Gebiet trauen werden und dadurch das gesamte Sommerweideland und Kalbungsgebiet verloren geht. Ihre traditionelle Lebensweise als Rentierzüchter müssten sie möglicherweise ganz aufgeben.

Das ist ungerecht, findet Mikkel Sara: «Wir sind hier schon seit Jahrtausenden und unsere Lebensweise ist nachhaltig. Unseren Kindern und künftigen Generationen soll es möglich sein, die Rentierzucht weiterzuführen und unsere Kultur zu leben. Dieses Projekt gefährdet unsere Zukunft.» Seine sechzehnjährige Enkelin

Elen besucht gegenwärtig eine Schule, um ebenfalls Rentierzüchterin zu werden. Auch viele andere junge Sami möchten ihre Kultur pflegen. «Wie soll das gehen, wenn wir immer weniger Land zur Verfügung haben?», fragt Mikkel Sara besorgt.

Meerdeponie bedroht den Fjord

Die Sami sind in ihrem Kampf gegen das Projekt nicht allein, auch viele Umweltschützer protestieren gegen die Kupferminen. Denn vom norwegischen Staat hat Nussir ASA die Erlaubnis erhalten, die mit Chemikalien verunreinigten Restmassen aus den Minen direkt in den Fjord zu schütten. Die Auswirkungen dieser «Meerdeponie» auf Mensch und Umwelt werden von Meeresinstituten und Umweltverbänden als verheerend eingeschätzt, unter anderem weil der Repparfjord eine nationale Lachsschutzzone ist.

Die Gemeinde Kvalsund, die am Repparfjord liegt, möchte wirtschaftlich von der Mine profitieren. Aus Sicht der Sami-Parlamentarierin Silje Karine Muotka ist aber grosse Vorsicht geboten. Im gleichen Gebiet wurde nämlich bereits in den 1970 Jahren eine Kupfermine betrieben,

die nach wenigen Jahren bankrottging. Zurück blieb ein zerstörtes Ökosystem, das Jahre brauchte, sich zu erholen.

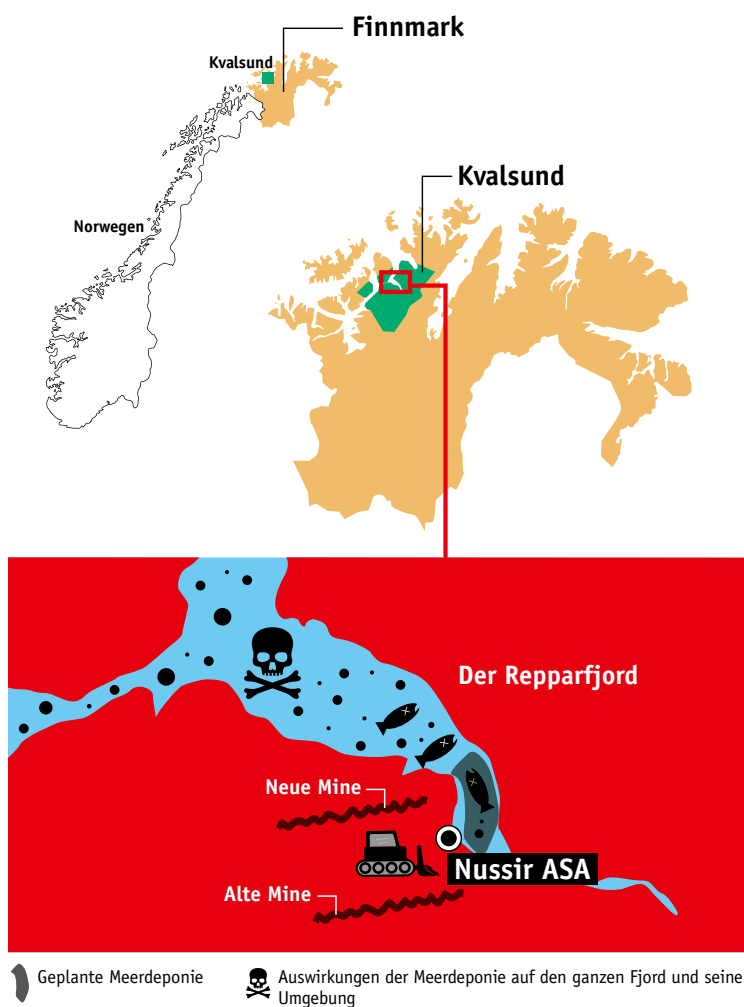
Klagen gegen das Projekt

Gegen das Projekt laufen gegenwärtig rechtliche Verfahren, die sowohl vom Sami-Parlament als auch von den Umweltverbänden getragen werden. Der norwegische Staat anerkennt die Problematik für die Sami, gewichtet aber gegenwärtig den wirtschaftlichen Nutzen höher. Die GfbV ist überzeugt: Ein funktionierendes Nebeneinander von Wirtschaftsprojekten und Indigenen ist möglich, wenn die Bedenken und die Kultur der Betroffenen von Anfang an ernst genommen und respektiert werden. Das war am Repparfjord nicht der Fall, denn die Sami wurden von der Firma lediglich über die Pläne informiert, konnten aber nicht mitreden. Für die GfbV steht deshalb fest: Das Projekt muss gestoppt werden, bis eine einvernehmliche Lösung mit den betroffenen Sami gefunden wird.

Text: **Angela Mattli** und **Lea Ackermann** Kampagne Minderheiten und Diskriminierung

Lage der geplanten Minen

Bis zu zwei Millionen Tonnen Restmasse aus dem Bergbau sollen in den Repparfjord geschüttet werden – pro Jahr.



NEWS

China: Minderheiten immer mehr unterdrückt

Nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen sind in der autonomen Provinz Xinjiang über eine Million Uiguren in Umerziehungslagern interniert. Chinas repressiver Umgang mit Minderheiten wirkt sich auch auf die Situation der tibetischen Bevölkerung in der Schweiz aus.

Seit einiger Zeit verstärkt die chinesische Regierung die Repression und Kontrolle in der westlichen Provinz Xinjiang massiv. Dort leben 8.3 Millionen Uiguren, eine von der chinesischen Regierung anerkannte muslimische Minderheit. Seit 2009 nahm die Unterdrückung der Uiguren zu, was zu teils gewaltsamen Übergriffen gegen Han-Chinesen führte, die den grössten Teil der Bevölkerung ausmachen. Die chinesische Regierung verdächtigt seitdem die uigurische Bevölkerung kollektiv als Terroristen.

Neben dem Argument der Terrorismusbekämpfung gibt es dafür einen weiteren Grund: Für die «neue Seidenstrasse», die China über Land- und Seewege mit dem Rest der Welt verbinden soll, ist Xinjiang ein wichtiger Knotenpunkt. Um seinen Einfluss zu sichern, sind China viele Mittel recht.

Die uigurische Bevölkerung steht deshalb unter konstanter Überwachung. Vermehrt setzt China dabei auf Techniken wie künstliche Intelligenz und Gesichtserkennung. Ab 2020 sollen ähnliche Überwachungstechniken in ganz China angewendet werden. Doch bereits jetzt geht die Unterdrückung von Minderheiten über Landesgrenzen hinaus: Ein Bericht der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) vom März 2018 hat aufgezeigt, dass sich die Grundrechte von Tibeterinnen und Tibetern aufgrund des Freihandelsabkommens mit China in den letzten fünf Jahren auch in der Schweiz zunehmend verschlechtert haben.

Trotz der wirtschaftlichen Annäherung an China dürfen in der Schweiz solche Menschenrechtsverletzungen nicht ignoriert werden.

Am 28. November 2019 informiert die GfbV die Öffentlichkeit an einem Podium über die prekäre Situation von Minderheiten in China. www.gfbv.ch/veranstaltungen

Text: **Angela Mattli** und **Lea Ackermann** Kampagne Minderheiten und Diskriminierung

«Der Bau der Minen würde die Lebensgrundlage vieler Sami zerstören»



FOTO: ÅSE M.P. PULIK/SAMEDIJGGI

Die Sami-Parlamentarierin Silje Karine Muotka ist 44 Jahre alt und Projektleiterin an der Universität Tromsø. Sie engagiert sich für die Rechte der Sami und wehrt sich gegen den Abbau von Kupfer im Norden von Norwegen.

Seit ihrem 13. Lebensjahr setzt sich Silje Karine Muotka für die Rechte der Sami ein, 2009 wurde sie in das Samische Parlament gewählt (siehe Kasten). Im Interview spricht sie über die Bedrohung der Sami durch zwei geplante Kupferminen am norwegischen Repparfjord.

Silje Karine Muotka, weshalb kritisieren Sie den Bau der Kupferminen im Norden von Norwegen?

Fast die Hälfte aller norwegischen Sami leben im Gebiet, in dem die Bergwerksgesellschaft Nussir ASA den Betrieb von zwei Kupferminen plant. Es dient als wichtiges Weide- und Kalbungsland für die Rentierzucht der lokalen Sami, der Bau würde deshalb die Lebensgrundlage vieler Sami zerstören. Ausserdem erlaubt die norwegische Regierung, die Restmassen der Mine im Meer zu entsorgen, weshalb Chemikalien und Schwermetalle im Repparfjord landen würden. Damit sind der Fischbestand und die lokale Fischerei – eine weitere Existenzgrundlage vieler Sami – bedroht.

Seit 2008 kämpfen die betroffenen Sami auf allen Ebenen gegen die geplanten Kupferminen. Werden sie gehört?

Das Sami-Parlament hat das Projekt von Anfang an zusammen mit den Betroffenen bekämpft. Die grosse Herausforderung besteht darin, dass die norwegische Politik die Anliegen der Sami zu wenig ernst nimmt und die Betroffenen nicht genügend konsultiert wurden. So konnte etwa die betroffene Rentierzuchtgemeinde gegenüber Nussir ASA zwar ihre Bedenken äussern, hatte dabei aber keinen vollständigen Zugriff auf alle nötigen Informationen, welche die Mine betreffen.

Sie richten ihre Kritik nicht nur an die Bergwerksgesellschaft Nussir ASA, die den Betrieb der Kupferminen plant, sondern auch an die Schweizer Grossbank Credit Suisse. Warum?

Gemäss unserer Kenntnis verwaltet die Credit Suisse für ihre Kunden den zweitgrössten Aktienanteil an Nussir ASA. Wir fordern deshalb nicht nur von Nussir ASA, sondern auch von der Credit Suisse, sich aus diesem Geschäft

zurückzuziehen. Wir werden die geplanten Kupferminen bis zum Schluss zu verhindern versuchen.

Wie kann die GfbV die Sami unterstützen?

Es ist wichtig, international Druck auf beteiligte Finanzinstitute und die norwegische Regierung aufzubauen und sich für die Zukunft der indigenen Bevölkerung und deren Lebensgrundlagen einzusetzen. Das macht die GfbV, und dafür sind wir euch sehr dankbar.

Was sind die größten Herausforderungen für Sami in Norwegen?

Das Fundament unserer Kultur und unserer Sprachen zu erhalten. Projekte wie die geplanten Kupferminen am Repparfjord, aber auch die Windkraft-Anlage in Storheia sind eine grosse Gefahr für die lokale Sami-Bevölkerung. Zudem sind es nicht die richtigen Massnahmen, um die Zukunft nachhaltiger zu gestalten.

Wie meinen Sie das?

Projekte wie die Windkraft-Anlage in Storheia werden damit begründet, den Klimawandel zu bekämpfen. Dafür die indigene Kultur zu opfern, ist aber eine Verletzung der grundlegenden Menschenrechte. Stattdessen müssen wir endlich akzeptieren, dass wir unseren Lebensstil ändern müssen, wenn wir die globale Erwärmung stoppen wollen. Dies erfordert politische Führung und klare Anreize für eine nachhaltigere Lebensweise.

Interview: **Nicole Gisler** GfbV-Mitarbeiterin Kommunikation



Das Sami-Parlament

Das Sami-Parlament von Norwegen ist die parlamentarische Vertretung der Sami und hat die Aufgabe, ihre in der Verfassung zugesicherte Stellung, ihre Kultur und ihre Sprache zu wahren und zu vertreten. Das Sami-Parlament besteht aus 39 Repräsentantinnen und Repräsentanten aus sieben Wahlkreisen. Es fördert politische Initiativen und führt administrative Aufgaben aus, die durch die norwegische Regierung oder durch das Gesetz an das Sami-Parlament delegiert wurden. Es besitzt allerdings kein Veto-Recht.